

Kein Sieg der Demokratie?

- Der Regierungswechsel in Bangladesh hat den Menschen bisher keinen Vorteil gebracht -

Fotos und Text von Walter Keller

Auch 20 Jahre nach der Staatsgründung 1971 und dem Sturz des langjährigen Diktators General Ershad Ende 1990 sieht es nicht so aus, als werde sich für die Mehrzahl der 110 Millionen Bangladeshis zukünftig etwas zu ihrem Vorteil bewegen. Die neue Premierministerin, Begum Khaleda Zia, die nach den ersten freien Wahlen im Februar letzten Jahres von einer Sympathiewelle getragen "ein besseres Bangladesh" versprach, sieht sich wachsender Kritik gegenüber. Gewalt, Mord und andere Straftaten bestimmen derzeit das tägliche Bild, die Korruption feiert fröhliche Urständ und der Wirtschaft geht es so schlecht wie nie zuvor in der 20-jährigen Geschichte des Landes.



"Für die meisten hat sich seit dem Regierungswechsel nichts zum Positiven verändert"

"Geändert hat sich für mich noch nichts seit dem Regierungswechsel, es sind nur die Personen ausgetauscht worden", erzählt der Rickshawfahrer enttäuscht, der mich durch den Verkehrsdschungel Dhakas, der Hauptstadt Bangladeshs, radelt. Der hagere Mann heißt Saleem, ist 24 Jahre alt und wie die meisten seiner schätzungsweise 150.000 Kollegen, die mit ihren buntbemalten Gefährten den überwiegenden Teil des

Nahverkehrs der Stadt abwickeln, vor einigen Jahren vom Land in die Großstadt gekommen. Saleem hat sein Dorf im Norden Bangladeshs damals verlassen, um in der der 7-Millionen-Metropole, die auf den ausländischen Besucher so wirkt, als platze sie aus allen Nähten, Arbeit und ein besseres Leben zu finden. Heute lebt er mit seiner Familie im Plassey Slum, einem von über 1000 Elendsvierteln in der Hauptstadt. Insgesamt le-

ben in der Stadt schätzungsweise zwei Millionen Menschen wie Saleem: In armseligen Baracken ohne regelmäßige Wasserversorgung, sanitäre Einrichtungen oder Elektrizität, ganz zu schweigen von anderer städtischer Infrastruktur. Die schlechten Umweltbedingungen machen die Slumbewohner ständig anfällig für ansteckende Krankheiten. Trotzdem wächst diese Stadt alljährlich um mehrere hunderttausend Menschen, die auf

der Suche nach Arbeit sind.

Arbeit fand Saleem in Dhaka, aber der Traum von einem besseren Leben ist für ihn bisher nicht in Erfüllung gegangen. Sein Verdienst ist zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben. Und auch zukünftig wird sich seine Lage wohl nicht wesentlich verbessern, obwohl Begum Khaleda Zia nach ihrem Wahlsieg vor einem Jahr "ein besseres Bangladesh" versprach. Die anfänglich von einer Sympathiewelle getragene 46-jährige Premierministerin des 110 Millionen Staates im Deltabereich der großen Flüsse Ganges, Brahmaputra und Meghna gelobte anlässlich ihres Regierungsantritts, das Land von Armut, Korruption und Gewalt zu befreien und die Menschenrechte zu achten. Der wirtschaftlichen Erholung des verelendeten Landes werde absoluter Vorrang eingeräumt. Dem ehemaligen Präsidenten Ershad werde sie den Prozeß machen, weil er zusammen mit einer Clique von Militärs und korrupten Politikern in den neun Jahren seiner Amtszeit Hunderte von Millionen Dollar an ausländischer Hilfe, die für die arme Bevölkerung des Landes bestimmt waren, auf Privatkonten ins Ausland verschoben habe. Die Verfahren gegen Ershad laufen derzeit - 10 Jahre Freiheitsstrafe hat er bereits von einem Sondergericht für illegalen Waffenbesitz erhalten. Ob es jedoch auch zu einer Vollstreckung des Urteils des vom Volk Ende 1990 geschafften Diktators kommen wird, bleibt abzuwarten. Denn nur gut ein Jahr nach seinem Sturz genießen der Ex-General und die von ihm während seiner Amtszeit gegründete 'Jatiya Party' (JP), die immerhin noch über 35 Sitze im 330 Sitze umfassenden Parlament verfügt, schon wieder eine gewisse Akzeptanz in Bevölkerungskreisen, die von der Politik Khaleda Zias 'Bangladesh National Party' (BNP) enttäuscht sind. In vielen Landesteilen ist die JP wieder präsent, hält gut besuchte Kundgebungen ab und hat bei den Parlamentsnachwahlen im Herbst letzten Jahres ein gutes Ergebnis erzielt, obwohl sich ihre Führer noch während der Demokratiebewegung versteckt halten mußten, um dem Zorn des Volkes zu entgehen.

Medienkritik und Kritik der Opposition

Journalisten wurden nach dem Machtwechsel von Regierungsvertretern diskret aufgefordert, sich doch bitte mit Kritik am neuen Regime zurückzuhalten. Es mehren sich jedoch Berichte in den nach dem Sturz Ershads wieder weitgehend freien Printmedien, die der neuen Regierung Unfähigkeit, Versagen und amateurhaftes Vorgehen bescheinigen. Der politisch unerfahrenen Khaleda Zia,

Witwe des im Mai 1981 ermordeten Ex-Premiers, General Zia-ur Rahman, der nach ihrem Wahlsieg auch im Ausland viel Wohlwollen entgegengebracht wurde, wird autoritärer Führungsstil vorgeworfen. Das angesehene Wochenmagazin 'Dhaka Courier' spricht sogar von einer "politischen und administrativen Hölle", die von der neuen Regierung geschaffen worden sei. Wie lange einige kritische Blätter noch erscheinen können, bleibt hingegen abzuwarten.

Im Gegensatz zu den eher 'frechen' Printmedien hat sich seit der Machtübernahme durch Khaleda Zia bei Rundfunk und Fernsehen noch nichts verändert. Konformität mit der Regierung heißt dort weiterhin die Devise, obwohl die neue Regierungschefin angekündigt hatte, die unter totaler staatlicher Kontrolle stehenden elektronischen Medien zu reformieren.

Auch aus der Opposition kommt zunehmend harsche Kritik an der neuen Regierung. Für 'Awami League' (AL) Führerin Sheikh Hasina, Tochter des Staatsgründers Mujibur Rahman, befindet sich das Land auf dem besten Weg, die Chancen für eine Demokratisierung zu verspielen, die sich nach dem Sturz des Diktators Ershad durch eine Volksbewegung im Dezember 1990 und den anschließenden ersten freien und fairen Wahlen am 27. Februar 1991 boten. Die ambitionierte Oppositionsführerin wirft der BNP-Regierung vor, die Administration zu manipulieren, ein Ein-Parteien-System anzustreben und die gesamte Opposition eliminieren zu wollen. "Für Khaleda Zia gilt Demokratie nur auf dem Papier, tatsächlich wird die gesamte Nation durch Terror und Gewalt aufgerüttelt", kritisiert sie die Ergebnisse der Politik ihrer Gegenspielerin.

Sheikh Hasina wagte sogar den Schritt und wandte sich in einem privaten Schreiben an die wichtigsten ausländischen Botschaften im Land, um "die internationale Gemeinschaft darauf aufmerksam zu machen, was wirklich im Land passiert und wie es um Bangladesh steht." Mit dieser spektakulären, allerdings höchst umstrittenen Aktion haben die jahrelangen persönlichen Differenzen der Führerinnen der beiden größten Parteien einen neuen Höhepunkt erreicht. Nur während der Demokratiebewegung gegen Ershad hatten Khaleda Zia und Sheikh Hasina das Kriegsbeil vorübergehend begraben und nicht zuletzt dadurch das gemeinsame Ziel, den Sturz des Diktators, erreicht. So sind viele Beobachter dann auch der Auffassung, daß die neuen privaten Auseinandersetzungen der beiden Damen für das Land alles andere als förderlich sind. Nur durch eine Annäherung der beiden Führerinnen und ihrer Parteien könne man die gewaltigen Probleme des Lan-

des angehen, heißt es. Daß es dazu kommt, glaubt allerdings derzeit niemand.

Im außerparlamentarischen Bereich werden seit einigen Monaten politische (und persönliche) Differenzen schon wieder gewalttätig ausgetragen. Dies gilt vor allem für die Universitäten des Landes, die überwiegend geschlossen sind, weil sich dort Studenten der unterschiedlichen politischen Lager - die vor einem Jahr noch Träger des Volksaufstands gegen Ershad waren - blutige Feuertreffen liefern, die schon mehrere Tote gefordert haben (es handelt sich überwiegend um Auseinandersetzungen zwischen BNP und AL Anhängern). Und vor dem 'Press-Club' in Dhaka - zwischen einem Knäuel aus Fahrradrickschaws, Personenwagen, schwarze Rauchwolken ausstoßenden Lastwagen und Bussen sowie Massen von Fußgängern - sitzen einige Hundert Bengalen, meist Angehörige der Mittelschicht, die "den geschätzten Präsident Bush" auf Plakaten bitten, sie doch bitte in die USA einreisen zu lassen. "Nein, wir sehen für uns keine Zukunft mehr in diesem Land, wir wollen raus", erklären einige der Sitzstreikenden auf die Frage, was denn diese Aktion solle.

Versprechungen

Politische Beobachter sind der Auffassung, die neue Premierministerin reihe sich mit ihrer Politik bereits ein Jahr nach ihrem Wahlsieg in die Tradition der Führer der Vergangenheit ein, die ihre Unfähigkeit mit großen Worten zu überspielen versuchten und der Bevölkerung das 'blaue vom Himmel' versprochen. Und das verarmte Volk habe diesen Versprechungen meist lange geglaubt. Und wenn es dann doch anders kam - und das war meist der Fall - gereichte Politikern nicht selten die tiefe Religiosität der Bangladeshis zum Vorteil. Der Glaube, nichts geschehe ohne Allahs Wunsch, ist auch heute noch in der islamischen Gesellschaft weit verbreitet. "Das führt dazu, daß die Menschen allem noch etwas Positives abzugewinnen versuchen. Wenn etwas nicht so klappt, wie sie es sich vorgestellt haben, wird keine andere Person dafür verantwortlich gemacht, nur das eigene Schicksal. Wenn ihre Träume zerstört werden, hoffen sie darauf, daß Allah beim nächsten Mal gnädiger mit ihnen umgeht", erklärt der engagierte Journalist Faruq Faisal die Psyche der Bangladeshis, jenes Volkes, das vor 20 Jahren nach einem erbitterten und blutigen Kampf, der schätzungsweise drei Millionen Menschenleben forderte, mit indischer Unterstützung die Loslösung von Pakistan erreichte.

Die Mehrheit der Bevölkerung glaubte



Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Studenten sind wieder an der Tagesordnung

damals, der neue Staat werde eine Gesellschaft hervorbringen, die ihren langgehegten Träumen entsprechen würde. Kurz nach der Befreiung von der Bevormundung durch (West-)Pakistan kamen diese Hoffnungen in einem Lied zum Ausdruck, das zum damaligen Zeitpunkt sehr populär war: "Bangladesh gehört den Bauern, den Arbeitern, Fischern und Tagelöhnern. Es ist ein Land, wo jeder sich um den anderen kümmert und jeder sich um das Wohlergehen des anderen sorgt...". Es dauert aber nur kurze Zeit bis die Menschen realisierten, daß an die Stelle der pakistanischen Ausbeuter nun neue Ausbeuter getreten waren - und die waren diesmal selber Bengalen und hießen Mujibur Rahman, Zia-ur Rahman oder Mohammad Ershad. Und vielleicht wird auch einmal Khaleda Zia vom Volk in diese politische Ahnengalerie eingereiht.

Wirtschaft

Wenngleich die neue Regierungschefin jetzt auch mit weitreichenden Liberalisierungsmaßnahmen begonnen hat, steht es um die Wirtschaft schlecht. "Noch nie seit der Staatsgründung waren wir in einer schlimmeren Lage als derzeit", meint A.S. Mahmood, ehemaliger Präsident der Handelskammer. Selbst Finanzmini-

ster Saifur Rahman spricht von einer schweren Krise, glaubt jedoch, das Land werde die Rezession bald überwinden.

Der jährliche Anstieg des Bruttosozialprodukts, der in den 80-er Jahren noch durchschnittlich vier bis fünf Prozent betrug, ist im Zeitraum 1990-91 auf nominell 2,5 Prozent zurückgegangen. Bei einem angenommenen Bevölkerungswachstum um den gleichen Prozentsatz ergibt sich kein reales Wachstum der Volkswirtschaft.

Der Abwärtstrend der Wirtschaft ist während des vergangenen Jahres in nahezu allen Sektoren zu verzeichnen gewesen. Die Preise steigen und die Kaufkraft, vor allem die der ländlichen Bevölkerung, geht weiter zurück. Und während der Außenhandel schrumpft, nehmen Schmuggelaktivitäten zu. Allein der illegale Handel mit Indien beläuft sich jährlich auf viele Milliarden Taka. Ob jetzt ein von der Regierung begonnener sogenannter anit-smuggling-drive für Abhilfe schaffen kann, bleibt abzuwarten.

Überall fehlt es an notwendigen Investitionen. Viele trauen dem Land und der neuen Regierung nicht. Die wachsenden Schwierigkeiten der Regierung mit den starken Gewerkschaftsverbänden, die sich den Privatisierungsversuchen vieler öffentlicher Unternehmen mit Streiks

widersetzen, schrecken potentielle Investoren ab. Nur die Textil- und Bekleidungsindustrie, die seit einigen Jahren größter Arbeitgeber ist (600.000 Beschäftigte, davon sind 80 Prozent Frauen) und rund 40 Prozent der Exporterlöse erwirtschaftet, schreibt derzeit keine roten Zahlen. Im Gegenteil: Sie expandiert. Außer ihr gibt es jedoch im Land kaum nennenswerte Industrien, die die notwendigen neuen Arbeitsplätze und damit Verdienst schaffen könnten.

Die gesamtwirtschaftlich wichtige Juteindustrie - lange Zeit wichtigstes Exportprodukt des Landes - durchläuft schon seit einigen Jahren ein tiefes Tal, weil die Weltmarktpreise für diesen Rohstoff stark verfallen sind. Um Produktion und Verarbeitung aufrecht zu erhalten, muß die Regierung vor allem dieser Industrie mit riesigen Subventionen unter die Arme greifen. Für neuen Zündstoff im Jutesektor ist bereits gesorgt: Die Weltbank - eine Art Schattenregierung für Bangladesh - hat die Regierung Khaleda Zia aufgefordert, im kommenden Haushaltsjahr 30.000 Arbeitsplätze in der Juteindustrie abzubauen. Und ein zugesagter Kredit der 'Asiatischen Entwicklungsbank' (ADB) in Höhe von 150 Millionen US-Dollar wird nur dann zahlungsreif, wenn die Regierung zehn Prozent ihrer Beschäf-

tigten in den Staatsbetrieben (Public Manufacturing Enterprises) entläßt.

Als ein weiteres Hindernis für äußerst notwendige Investitionen gilt auch die korrupte Bürokratie, die sich in vielen Bereichen nach wie vor Regelkompetenzen anmaßt, die für das Gemeinwohl schädlich sind. Korruption und Amtsmissbrauch treffen vor allem die ländliche Bevölkerung. Da kein Verwaltungsdienst ohne Bestechungsgelder verrichtet wird, sind es gerade die Armen, die der völligen Willkür einzelner Bediensteter und des bürokratischen Apparats ausgeliefert sind. Im Grunde war nicht nur Ershad, sondern auch die Bürokratie das Hauptproblem des Landes. Sie versucht, alles zu reglementieren und zu kontrollieren und fügt damit dem Staat und seinen Bürgern selbst den größten Schaden zu. Obwohl der Kampf gegen die Korruption im Wahlmanifest von Khaleda Zias BNP an oberster Stelle stand, hat die neue Regierung bisher noch nichts erkennbares dagegen unternommen.

Kolonialgeschichte - Zeit der Ausbeutung

Wenn auch die Politiker, die das Land nach seiner Unabhängigkeit regiert haben, zahlreiche Fehler begangen haben, liegen die Ursachen vieler Wirtschaftsprobleme, mit dem das Land heute zu kämpfen hat, weiter zurück. Das Erbe unterschiedlicher kolonialer Zwangsherrschaft machte die Unabhängigkeit für den ausgebluteten Staat Bangladesh zu einem Schritt in eine ökonomisch höchst ungewisse Zukunft. Bangladeshs Geschichte ist eine Geschichte der Ausbeutung, die lange vor der Entstehung des Staates vor zwei Jahrzehnten mit der zweihundertjährigen Kolonialherrschaft der Briten, gefolgt von der kaum minderen Ausbeutung unter pakistanischer Herrschaft begann. Von der britischen Kolonialmacht wurden Bengalen vorwiegend zur Versorgung der expandierenden Industrie Stadt im heute indischen Kalkutta genutzt. Zum Abschluß einer turbulenten Phase, die dem ganzen indischen Subkontinent die Unabhängigkeit brachte, entstand durch die Teilung Indiens im August 1947 der Staat Pakistan. Das überwiegend islamische Ostbengalen, das heutige Bangladesh, wurde zu einem Teil Pakistans. Es erhielt den Status einer Provinz mit dem Namen Ostpakistan. Als Teil Pakistans hatte Ostpakistan nur wenig Anteil an den Errungenschaften, die mit der Unabhängigkeit verbunden waren, obwohl Bengalen die Bevölkerungsmehrheit Gesamtpakistans ausmachten. Für sie wurden nur die Kolonisatoren ausgetauscht: Die Briten wurden nunmehr durch die Westpakistanis ersetzt, die nicht nur die

Rohstoffe des Landes auszubeuten mußten, sondern in Ostpakistan auch einen willkommenen Absatzmarkt für die heimische Industrie sahen.

Totale Abhängigkeit

Die Volkswirtschaft des Staates ist heute gekennzeichnet durch die totale Abhängigkeit von ausländischen Hilfgeldern verbunden mit wachsender Verschuldung und einem starken Importüberschuß. Auslandsgelder haben während der letzten Jahre fast 10 Prozent des Bruttoinlandproduktes ausgemacht und laut Angaben des Weltentwicklungsberichts von 1989 zufolge bis zu 80 Prozent der Entwicklungsausgaben des Landes finanziert. Damit ist die internationale Entwicklungshilfe seit Bestehen Bangladeshs zu einem festen Bestandteil des Staatsapparates und der gesamten Wirtschaft geworden. Größte bilaterale Geber sind die USA, Japan, Kanada und die Bundesrepublik. Die Hilfsleistungen von 13 westlichen Geberländern und vier internationalen Organisationen werden über das 1974 gegründete 'Bangladesh Aid Consortium' bestimmt und koordiniert.

Das Land hat in den zwei Jahrzehnten seiner Unabhängigkeit über 20 Milliarden US-Dollar an offizieller Hilfe erhalten, ohne daß eine grundlegende Besserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung eingetreten wäre. Kritiker sind sogar der Auffassung, die Entwicklungshilfe habe den Prozeß der Verarmung großer Teile der Bevölkerung noch beschleunigt. Und die nach der Unabhängigkeit in das Land fließenden Entwicklungshilfegelder hätten nicht zuletzt auch dazu beigetragen, ein Korruptions- und Betrugssystem aufzubauen, das besonders auf oberer Regierung- und Verwaltungsebene sowie beim einflußreichen Militär ausgeprägt sei.

Heute leben 80 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze, die Zahl der Landlosen hat seit der Unabhängigkeit 1971 erheblich zugenommen. Während es nach dem Abzug der britischen Kolonialherren vom Subkontinent 'nur' 15 Prozent Landlose gab, beträgt deren Zahl heute etwa 60 Prozent. Dieser schnelle Zuwachs ist ein Anzeichen für den stetigen Verarmungsprozeß, der sich im Laufe der letzten Jahrzehnte herausgebildet hat. Die Regierungen haben nie Maßnahmen ergriffen, damit die Kleinbauern ihr Land behalten und die Landlosen überhaupt Land bekommen konnten. Um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, sind viele Menschen gezwungen, von allem was verfügbar ist, zu leben. Sie haben nicht die Chance, sich über Fragen der Überbeanspruchung der vorhandenen Ressourcen Gedanken zu ma-

chen.

Die absolut landlosen Familien vagabundieren umher und enden oft in den schmutzigen Slums der Großstädte - so wie Saleem, der Rickshawfahrer in Dhaka. Aber auch dort sind sie nicht mehr sicher. Immer wieder werden die Menschen von kommunalen Behörden wie der 'Dhaka City Corporation' und der 'Dhaka District Administration' mit Hilfe der Polizei oder privaten Schlägertrupps aus den Elendsvierteln vertrieben und ihre armseligen Behausungen zerstört. Noch vor kurzem wurden wieder 700 Familien aus den Slums von Plassey, Nilkhet und Bakshibazar ohne vorherige Ankündigung vertrieben. Nur einen Tag später erfolgte die Räumung eines Elendsviertels, das sich Menschen direkt hinter dem 5-Sterne-Luxushotel 'Sonargaon' errichtet hatten.

Grund für die Vertreibungen sind meist die rapide steigenden Landpreise in den Städten was dazu führt, daß kommunales oder privates Land, auf denen sich Slums befinden, für den Bau von Geschäfts- oder Bürohäusern mit dem Bulldozer regelrecht freigeräumt wird. All das geschieht, obwohl nur wenige Wochen vor den Vertreibungen der Slumbewohner die neue Premierministerin anläßlich des 'World Habitat Day' noch mit markigen Sprüchen angekündigt hatte, ihre Regierung werde sich dafür einsetzen, daß jeder Bangladeshi spätestens im Jahre 2000 über eine menschenwürdige Unterkunft verfügen kann.

Katastrophale Lage

Weitere Kennziffern und Durchschnittswerte, so unzulänglich sie auch sind, zeichnen auch in anderen Bereichen ein katastrophales Bild. Längst denkt man bei Bangladesh spontan an das "sinkende Schiff", bei dem jede Hilfe zu spät kommt. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen liegt bei 180 US-Dollar, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, gemessen in Kalorien, geht zurück und beträgt täglich derzeit durchschnittlich nur noch 2000, fünf Prozent weniger als die Menge, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als absolutes Minimum bezeichnet wird. Ein Großteil der Bevölkerung ist so ständig dem Risiko dauerhafter Unterernährung ausgesetzt. Die Bevölkerung wächst jährlich mit 2,3 bis 2,5 Prozent, sodaß sie sich bis zum Jahre 2020 verdoppeln würde. Die Kindersterblichkeitsrate ist derzeit mit 94 pro 1000 Neugeborenen (Regierungsangaben) eine der höchsten der Welt und die Analphabetenrate bei Erwachsenen liegt nach wie vor bei etwa 75 Prozent.

Der Staat ist auch 20 Jahre nach seiner Gründung noch nicht in der Lage, die eigene Bevölkerung mit inländischen Er-



Auf dieser Konferenz anlässlich des 'World Habitat Day' in Dhaka kündigte die neue Premierministerin an, ihre Regierung werde sich dafür einsetzen, daß jeder Bangladeshi bald über eine menschenwürdige Unterkunft verfügen kann. Die Realität sieht jedoch anders aus.

zeugnissen ausreichend zu ernähren. Zurückzuführen ist dies sicher zu einem Teil auf die regelmäßig wiederkehrenden Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Sturmfluten und Dürreperioden, die in scheinbar brutaler Regelmäßigkeit das Land heimsuchen und Menschen und Tiere hinwegraffen. So, wie am 29. April 1991, als - offiziellen Angaben zufolge - 150.000 Menschen durch eine Sturmflut ums Leben kamen. Der damals entstandene Schaden wird auf knapp zwei Milliarden Dollar geschätzt, rund 450 Millionen Dollar sind bisher von der internationalen Gebergemeinschaft für den Wiederaufbau gespendet worden, der jedoch nur schleppend vorangeht. Viele der Überlebenden der Katastrophe müssen bis heute in notdürftigst überdachten Ruinen in der Notunterkünfte der geschrumpften Familien bestehen aus Teilen von Wellblechdächern oder Bambuswänden, aus Plastikplanen oder Palmblättern.

Segen und Fluch

Wenn die Sturmfluten nur Verwüstungen bringen, sind die 230 Flüsse, die das Land durchziehen, Segen und Fluch zugleich. Sie verbinden mit ihren zahllo-

sen Nebenläufen und Verästelungen die Menschen. Mitunter trennen Flüsse sie auch voneinander. Der Fluß ist der Quell allen Lebens und aller Fruchtbarkeit, aber wenn er - genährt von schweren Monsunregen - anschwillt, wird er zur lebensbedrohenden Gefahr. So sind Überschwemmungen jährlich wiederkehrende Ereignisse in der Region, und bis zu einem gewissen Grad sind sie nützlich für das Ökosystem, die Fruchtbarkeit des Bodens, die Fischerei und zur Sicherung des Grundwassers. Die Ablagerungen der Flüsse sind so fruchtbar, daß Bangladesh bei sinnvoller Landverteilung und -nutzung noch dreimal höhere Ernteerträge erreichen könnte.

Jedoch können diese Flutperioden auch immense Zerstörungen anrichten. Innerhalb der letzten 35 Jahre hat es in Bangladesh 28 große Überschwemmungen gegeben, die vor allem durch die Schädigung des Bodens und der daraus resultierenden Erosion an der Wasserscheide des Himalaya verursacht werden. Der vom Wasser mitgeführte Schlamm lagert sich in den Flußbetten Bangladeshs ab, so daß die Aufnahmekapazität der Flußläufe reduziert wird. Die von den Flußsystemen des Brahmaputra und des Ganges nach Bangladesh hineingetragene Schlammmenge wird auf

jährlich zwei Milliarden Tonnen geschätzt. Bangladesh übt allerdings nur auf 9 Prozent des Einzugsgebiets der Flüsse, die Überflutungen verursachen, eine Kontrolle aus, während 91 Prozent außerhalb seiner Grenzen in Indien liegen und es somit selbst wenig zur Verhütung der Katastrophen beitragen kann. Für die Kontrolle über die riesigen Wassermengen wäre dringend ein Abkommen mit Indien notwendig, über das seit Jahren verhandelt wird - bisher jedoch ohne konkretes Ergebnis. Das Ausmaß der Schäden wird deutlich, wenn man sich folgende Zahlen vor Augen führt: 1987 wurden fast eine Million Häuser vollständig und weitere 1,2 Millionen teilweise von den Fluten weggespült; 1988 fielen ihnen 1,3 Millionen Häuser ganz und 2,4 Millionen teilweise zum Opfer.

Internationale Experten aus den USA, den Niederlanden oder Frankreich zerbrechen sich schon seit vielen Jahren die Köpfe, wie man mit verschiedenen Schutzmaßnahmen die Überschwemmungen eindämmen könnte. Aber Systeme, wie etwa das Eindämmen der großen Flüsse durch meterhohe Aufschichtungen an den Ufern kosten sehr viel Geld, wovon Bangladesh nicht viel besitzt. Zwischen 20 und 50 Milliarden

Dollar würden allein benötigt, um Eindeichungen der größten Flüsse zu erwirken. Auf der anderen Seite steht jedoch auch die Auffassung, die landwirtschaftlichen Verluste, die alljährlich von den Fluten verursacht werden, rechtfertigten nicht die enormen Ausgaben für einen totalen Flutenschutz.

Kritiker der Flutenschutzpläne weisen darauf hin, daß es nach den Fluten von 1987 und 1988 Rekordreisernten gegeben habe. Für die Bauern sei zu wenig Wasser eine größere Bedrohung als zu-

viel. Auch die Bedeutung des über die Flüsse ins Land eingeschwemmte Schlick für die Fruchtbarkeit des Bodens ist noch wenig bekannt. Andere sind gegen eine Eindeichung der Flüsse, weil sie direkte Auswirkungen auf die Binnenfischerei befürchten. Ein Drittel des gesamten Fischfangs des Landes stammt von überflutetem Land. Von den Gegnern der Eindeichungen werden deshalb eher 'sanfte' Maßnahmen propagiert, um die Wassermassen unter Kontrolle zu halten. Diese beinhalten z.B. den Aus-

hub riesiger Becken, um Oberflächenwasser zu sammeln sowie ein ausgeklügeltes Flutnotprogramm.

'Land unter'

Als stehe die Natur mit diesem armen asiatischen Staat und seinen - trotz permanenter Rückschläge - nie aufgebenden Menschen ganz besonders auf Kriegsfuß, ist das Land außerdem durch die schlechende Flußbettersion gefährdet. Die landwirtschaftlichen Anbauflächen werden dadurch immer geringer. Darüberhinaus wird Bangladesh zukünftig vom weltweiten Anstieg des Meeresspiegels infolge der atmosphärischen Aufwärmung ('Treibhauseffekt') ganz besonders bedroht. Wenn dieser Prozeß mit der von Wissenschaftlern prognostizierten Geschwindigkeit andauert, wird ein Anstieg des Meeres um etwa 2 Meter an den Küsten bis zum Jahr 2050 etwa 18 Prozent der bewohnbaren Fläche unter Wasser setzen und über 17 Millionen Menschen obdachlos machen. Bis zum Jahr 2100 wird der Meeresspiegel um etwa 4,5 Meter steigen, damit ein Drittel des Landes überschwemmen und 35 Prozent seiner Bewohner zur Umsiedlung zwingen.

So sind die Chancen für "ein besseres Bangladesh", wie es Khaleda Zia bei ihrem Regierungsantritt im vergangenen Frühjahr versprach, alles andere als rosig. "Den Menschen in unserem Land, von denen die meisten am Rande des sozialen und wirtschaftlichen Abgrunds stehen, bleibt weiterhin nur die Hoffnung, es könnte sich vielleicht doch einmal etwas zum Besseren wenden", glaubt der Journalist Faruq Faisal. Nicht auszuschließen ist allerdings auch, daß sich das Militär, das seit Mitte der 70-er Jahre eine bedeutende Rolle spielt und das Land meist direkt oder indirekt regiert hat, spätestens dann wieder offen in die Politik des Landes eingreifen könnte, wenn sich die Lage noch weiter zuspitzt.



Ein Denkmal vor der Universität Dhaka erinnert an den Befreiungskampf der Bengalen. Aber auch zwanzig Jahre nach der Gründung Bangladeshs sind die Chancen für die meisten Menschen alles andere als rosig. Für sie bleibt allenfalls die Hoffnung auf sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt. Für die Zukunft Bangladeshs ist nicht auszuschließen, daß sich das Militär spätestens dann wieder offen in die Politik des Landes einmischen könnte, wenn sich die Lage noch weiter zuspitzt.

20 Jahre Bangladesh
Ein Staat hat Geburtstag
Eine Dokumentation des
Südasiens-Büro e.V.
Dezember 1991, 104 Seiten A4
Preis: 13,50 DM

"...das Heft ist eine Fundgrube für all diejenigen, die sich über Geschichte und Kultur, Wirtschaft und Politik, Ökologie und westliche Entwicklungs'hilfe' im Land informieren wollen." (aus der Medien-Kultur-Schau der 'Brücke', Saarbrücken, Januar-Februar 1992)